

Der Fiskalpakt – eine Bankrotterklärung für Europa

Der Fiskalpakt bedeutet:

- **Hartz-IV für Europa, höhere Verbrauchssteuern, schrumpfende Wirtschaft, vor allem für Griechenland und Spanien**
- **verschärfte Finanzkrise der Länder und Kommunen, noch mehr kaputte Schwimmbäder und Straßen, noch mehr geschlossene Bibliotheken, höhere Bahn- und Buspreise, verschärfte Wohnungsnot**
- **Entmachtung des Deutschen Bundestages, Bruch der Verfassung**

Der Gegenvorschlag der LINKEN: **Marshall-Plan, Millionärssteuer + Vermögensabgabe, Volksabstimmung**

Mit den Stimmen von SPD und Grünen peitscht die schwarz-gelbe Koalition am Freitag den Fiskalpakt durch den Bundestag. DIE LINKE wird dem Pakt nicht zustimmen, sie wird in Karlsruhe dagegen klagen.

Alle anderen im Bundestag vertretenen Parteien stützen den sogenannten Fiskalpakt, weil sie sich über eines einig sind: **Für sie heißt die Misere Europas Staatsverschuldung.** Deshalb müssten, so sagen sie, alle sparen. Die Staaten (auch der deutsche) haben über ihre Verhältnisse gelebt, die Banken bleiben außen vor. Die Folge: sogenannte systemrelevante Banken werden gepöppelt, die steuerzahlende Bevölkerung wird doppelt geschröpft: durch weniger öffentliche Leistungen und höhere Steuern.

Wir halten dagegen: Das führt in die Rezession und treibt Europa in den Abgrund. Die Staaten mussten sich verschulden, um Banken und Spekulanten zu retten, ihre Einnahmen sanken durch Steuergeschenke zugunsten der Reichen. Die weltweite Finanzkrise brach los, weil in den USA die Banken den Menschen Immobilienkredite hinterherwarfen - zu null Zinsen und Sicherheiten, bis die Blase platzte. Das gleiche in Irland und Spanien: Bevor die Banken sich mit den Immobilienkrediten verzockten, waren Staatsschulden kein Problem.

Hinzu kommt: Der Fiskalpakt hat sog. Ewigkeitsgarantie: Er kann von Deutschland nicht gekündigt werden. **Das ist glatter Verfassungsbruch**, ebenso wie die Beschneidung des Haushaltsrechts des Deutschen Bundestages.

Über einen Kuhhandel hat sich rot-grün kaufen lassen, damit die notwendige Zwei-Drittel-Mehrheit erreicht wird. Aber zu welchem Linsengericht? Trotz jetzt beschlossener Finanztransaktionssteuer lässt der Fiskalpakt die Schulden steigen. Der sog. 130-Mrd-„Wachstumspakt“ des Euroklubs ist nichts als eine Neu-Verpackung vorhandener Programme.

Die LINKE sagt nein zum Fiskalpakt.

Die Rettung Europas erfordert das Gegenteil: Ankurbelung von Wirtschaft und Massen-Einkommen, Schulden- und Vermögensschnitt zu Lasten der Superreichen, Schluss mit dem schleichenden Abbau der Demokratie, Volksabstimmung wie in Irland.